

Quelle:

www.lazarus.at/2023/02/06/land-salzburg-pflegefachkraefte-der-seniorenwohnhaeuser-werden-entlastet

Land Salzburg: Pflegefachkräfte der Seniorenwohnhäuser werden administrativ entlastet

☒ **Das Land Salzburg stellt für die nächsten fünf Jahre 220 Mio. Euro zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pflegebedienstete zur Verfügung.**

Zusätzliche finanzielle Mittel gehen dabei auch an die Seniorenwohnhäuser. Landeshauptmann-Stellvertreterin Martina Berthold traf dazu mit Führungskräften mehrerer Einrichtungen zusammen, um die Situation der Langzeitpflege und die Umsetzung der Pflegeplattform II zu besprechen.



LH-Stv. Martina Berthold besprach mit Leiter*innen von Salzburger Seniorenwohnhäusern die konkrete Umsetzung der Pflegeplattform II.

Foto: Land Salzburg/Büro Berthold

Mehr Geld für Personal und Ausbildung

Die hohe Belastung der Pflegekräfte stand einmal mehr im Zentrum des Austauschs. Im Herbst letzten Jahres wurde mit der Pflegeplattform II ein wichtiger Meilenstein in der Entlastung der Pflege gesetzt. Im Rahmen der beschlossenen 220 Mio. Euro steht den Seniorenwohnhäusern nun auch mehr Geld für zusätzliche Mitarbeiter*innen für administrativen Arbeiten zur Verfügung. „Damit können sich die Pflegefachkräfte voll auf ihre Kerntätigkeit, die Pflege und Betreuung, konzentrieren“, so Berthold. Wichtig sei, dass diese Entlastung nun rasch in der Langzeitpflege ankomme.

Zahlreiche weitere Baustellen

Ulrich Eger, Obmann der Seniorenheime Salzburg (SHS), skizziert die wichtigen Themen für die Zukunft: „Dazu zählen insbesondere die berufsbegleitende Ausbildungsformen und Höherqualifizierungen unseres Personal, die voll ausfinanziert gehören. Wir brauchen auch eine generelle Überarbeitung des Pflegegehaltsschemas der Gemeinden. Davon losgelöst sehen wir den Bedarf, das derzeit bestehende Finanzierungsmodell des Grund- und Pfl egetarifes, auch aufgrund der vielen leerstehenden Betten, völlig neu anzudenken.“

„Sowohl Bund als auch Land investieren mehr Geld in Pflegeausbildungen. Dennoch gibt es hier noch einiges zu tun, sowohl in der Ausbildung von Heimhelfer*innen und Alltagsbetreuer*innen als auch bei der Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden“, so Berthold. Diese Anliegen werde die Landespolitikerin auch zeitnah in Gespräche mit dem Bund einbringen.